

**Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der/des** : **Bündnis 90 / Die Grünen**

**für die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planung und Grundstücke am** : **21.01.2010**

**THEMA** : **Haushaltsplanentwurf 2010**

**Antwort erteilt** : **Stadtbaurat Dienberg**

Zu den Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Die Produktziele insbesondere der Teilhaushalte 61 und 80 werden von der Verwaltung z.T. noch einmal überarbeitet und zu den anstehenden Haushaltsplanberatungen neu vorgelegt.

Zu Frage 2 :

Die technische Umsetzung der vom Rat beschlossenen Änderung der Produktstruktur und die dadurch in weiten Teilen notwendig gewordene Zusammenführung von Haushaltsansätzen konnte erst kurz vor Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010 abgeschlossen werden. Personelle Kapazitäten für die zusätzliche Erstellung eines Erläuterungsbandes standen nicht mehr zur Verfügung. Die Verwaltung hatte daher entschieden, die notwendigen Erläuterungen in den jeweiligen Fachausschusssitzungen bei Bedarf mündlich zu geben. Für einige Haushaltsansätze werden von den Fachbereichen zusätzlich manuell erstellte differenzierte Übersichten zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 3 a :

Die inhaltliche Unterscheidung der Produktbeschreibungen und der Ziele ist anhand der nachgereichten Übersichten (Produktübersichten 2009 und 2010 sowie Ziele 2009) möglich. Für das Haushaltsplanverfahren 2011 wird die Verwaltung rechtzeitig eine Gegenüberstellung von geänderten textlichen Inhalten 2010 und 2011 vorlegen.

Ein Vergleich der Haushaltsansätze 2009 und 2010 ergibt sich direkt aus den einzelnen Produkten und Kostenträgern.

Zu Frage 3 b :

Die nach jahrelanger Vorbereitungszeit und Projektphase erfolgte Umstellung des Rechnungswesens auf die Doppik ist zunächst rein technischer Natur gewesen. Zum 01.01.2008 musste sichergestellt werden, dass alle Erträge, Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen für Investitionen unter den geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen kaufmännisch gebucht werden können. Die sich daraus ergebenden inhaltlichen und edv-technischen Möglichkeiten für eine transparente Haushaltsplandarstellung waren (bisher) zumindest einschränkt, was zugegebenermaßen die Lesbarkeit des Haushaltsplanes erschwert. Haushaltsansätze für einzelne Verwendungszwecke sind aber (bewusst) nicht mehr individuell erkennbar. An einer Verbesserung der Darstellungsmöglichkeiten arbeitet die Verwaltung jedoch kontinuierlich. Die Entwicklung ist allerdings ein Prozess, der auch in Abhängigkeit zu den Möglichkeiten der EDV steht.

Der Haushaltsplanentwurf 2010 hat mit der zusätzlichen Kostenträgerdarstellung einen Schritt in Richtung Transparenz gemacht. Erschwerend kam jedoch für das kommende Haushaltsjahr hinzu, dass eine vom Rat beschlossene Verdichtung und damit Zusammenfassung von bisher 181 auf 103 Produkte erfolgen musste. Dies hat natürlich die Vergleichbarkeit bei vielen Haushaltsansätzen beeinträchtigt.

Im Übrigen wird Bezug genommen auf die in den Sitzungen des Finanzausschusses vom 17.11.2009, im Verwaltungsausschuss am 7.12.2009 und 21.12.2009 sowie im Rat am 11.12.2009 gegebenen Erläuterungen.

#### Zu Frage 4 :

Bei der Zusammenführung von 3 Produkten zum neuen Produkt Straßenverkehr wurde die Zeile „Senkung des 5-Jahresdurchschnitts unter 596 (2003 bis 2007)“ aus dem alten Produkt Straßenverkehrswesen nicht mit übernommen, da nicht mehr als 10 Kennzahlen pro Produkt aufgeführt werden sollten und es sich um eine Mischung aus Ziel und Kennzahl handelte. Über eine Wiederaufnahme als Ziel und zusätzliche Kennzahl ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

#### Zu Frage 5 a :

Der Pressemitteilung der Polizeidirektion Göttingen vom 04.03.2009 war zu entnehmen, dass die Unfallstatistik 2008 für den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion einen deutlichen Rückgang der Unfallzahlen aufweist. So sank die Gesamtunfallzahl um 4,88%, wobei insbesondere die Zahl der getöteten und verletzten Verkehrsteilnehmer überproportional um 11,11% gesunken war. Im Bereich der Polizeiinspektion Göttingen war ebenfalls ein Rückgang der Gesamtunfallzahlen um 4,0% festzustellen, jedoch stieg hier die Anzahl der getöteten und schwerverletzten Menschen nach einem positiven Trend in den Jahren zuvor in 2008 wieder an.

Ein am 24. April 2009 im Bauausschuss vorgestellter Unfallschwerpunkt im Jahr 2008 war der Knotenpunkt August-Spindler-Straße / Elliehäuser Weg. Im Jahr 2008 ereigneten sich im Kreuzungsbereich je ein Links- und Rechtsabbiegeunfall sowie aus Richtung Elliehäuser Weg kommend fünf Einbiegeunfälle auf die August-Spindler-Straße durch Vorfahrtsmissachtung.

Durch Austausch des Verkehrszeichens 205 ("Vorfahrt gewähren!") gegen Z 206 ("Halt! Vorfahrt gewähren!") hat die Verwaltung das Unfallgefahrenpotential deutlich minimiert.

Auch die Gefahrensituation am Knotenpunkt Rosdorfer Weg/Wiesenstraße wurde durch die Schaffung/Markierung von Aufstellzonen für Radfahrer vor den Haltelinien des motorisierten Verkehrs und den dazugehörigen Fahrspuren deutlich verbessert.

#### Zu Frage 5 b :

Eine weitere Unfallhäufungsstelle ist der Knoten Otto-Brenner-Straße/Robert-Bosch-Breite. Durch Umrüstung der LSA in 2010 (Schaffung von eigenen Phasen für Linksabbieger) wird ein deutlich verkehrssicherer Knotenpunkt entstehen und die vielen Abbiegeunfälle abnehmen/verschwinden. Der HH-Ansatz in 2010 beträgt 130.000 €.

Zudem beabsichtigt die Verwaltung in 2010 den Rosdorfer Kreisels provisorisch umzugestalten. Das Hauptproblem des Kreisels liegt derzeit in seiner Geometrie und den zweistreifigen Ein- und Ausfahrten. Eine Lösung zur Entschärfung der Gefahrenstelle mit dem geringsten finanziellen Aufwand stellt die Einengung aller Fahrbeziehungen dar, um die gefahrenen Geschwindigkeiten der Fahrzeugführer herabzusenken und als Konsequenz

Der Oberbürgermeister

daraus die Unfallgefahr für die Verkehrsteilnehmer zu reduzieren. Ein erster Planentwurf zur provisorischen Umgestaltung ist bereits erarbeitet und wird Anfang 2010 im Bauausschuss vorgestellt.

Ein drittes Projekt zur Beseitigung einer Unfallgefahrenstelle ist die LSA Kiesseestraße. In 2010 wird die Kreuzung Kiesseestraße / Pastor-Sander-Bogen / Schulweg vollsignalisiert. Der Kostenaufwand beträgt ungefähr 125.000 €.

#### Zu Frage 6 a :

U.a. wurden in 2009 folgende Maßnahmen finanziert/unterstützt:

- Beendigung der Baumaßnahme "Umbau der Reinhäuser Landstraße" (bei der Umgestaltung Berücksichtigung der Belange des Rad- und Fußgängerverkehrs); Verbesserung für den Rad-/Fußgängerverkehr in den Straßenbaukosten enthalten
- Umgestaltung des Knotenpunktes Rosdorfer Weg/Wiesenstraße (siehe 5a); Kosten für die Markierungsarbeiten ca. 10.000 €
- ISEK-Bauprogramm: Umgestaltung der Theaterstraße West (Berücksichtigung der Ansprüche des Rad- und Fußgängerverkehrs)
- Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems am ZOB im Sommer 2009 (12 Leihfahrräder der DB AG: "Call a bike"), keine anfallenden Kosten für die Stadt
- Finanzierung der kostenlosen Fahrradmitnahme in den Bussen (Anteil der Stadt in 2009: 18.000 €)
- Finanzierung des Fahrradparkhauses als Bike&Ride-Angebot einschließlich gemeinsamer Marketingmaßnahmen mit dem Betreiber; Kosten: ca. 30.000 €
- Beendigung der Haushaltsbefragung, deren Ergebnisse Voraussetzung für die Überprüfung/Beantwortung wichtiger Fragestellungen im Bereich ÖPNV sind (u.a. für die Prüfaufträge im Nahverkehrsplan); Kosten in 2009: ca. 46.000 €
- Teilfinanzierung des Projektes Betriebliches Mobilitätsmanagement (Finanzierung Stadt Göttingen/ZVSN zu jeweils 50% auf Grundlage einer Refinanzierungsvereinbarung mit der VSN GmbH)
- Finanzierung des Adventsshuttles (ca. 10.000 €)
- Umbau von Bushaltestellen (Einbau von niederflurgerechten Sonderborden sowie seit Ende 2009 von taktilen Leiteinrichtungen für Sehbehinderte); finanziert über die HH-Stelle "Neuanlage von Haltestellen" (100.000 €) und Regionalisierungsmittel
- Finanzierung von Gutachten (aktuell: das Gutachten "Busring" im Rahmen der Innenstadtleitbilddiskussion)

#### Zu Frage 6 b :

U.a. werden in 2010 folgende Maßnahmen finanziert:

- Errichtung eines gemeinsamen Geh-/Radweges im Zuge des Ausbaus der Bundesstraße B 27 zwischen der Robert-Koch-Straße und Hoffmannshof (in den Straßenbaukosten enthalten)
- Fortsetzung des Radwegebaus "Gesundbrunnen" (Straße Lange Rekesweg)
- Fortsetzung des ISEK-Programms (Umgestaltung der Theaterstraße Ost und Burgstraße) Dazu: Umgestaltung der Speckstraße (Berücksichtigung der Ansprüche des Rad- und Fußgängerverkehrs)
- Ausweisung des Straßenzuges Sternstraße – Elbinger Straße – Groscurthstraße als Fahrradstraße.
- Fortsetzung der Finanzierung der kostenlosen Fahrradmitnahme in den Bussen (Kosten: ca. 18.000 €)

Der Oberbürgermeister

- Finanzierung der Ausweitung des Nachtbusangebotes (zunächst probeweise für 1 Jahr; Kosten ca. 20.000 €)
- Fortsetzung der Finanzierung des Fahrradparkhauses als Bike&Ride-Angebot einschließlich gemeinsamer Marketingmaßnahmen mit dem Betreiber; Kosten: ca. 30.000€
- Fortsetzung der Finanzierung des Adventsshuttles (ca. 10.000 €)
- Finanzierung von Gutachten (u.a. die Abarbeitung der vom Rat beschlossenen Prüfaufträge im Nahverkehrsplan)
- Fortsetzung des Projektes Betriebliches Mobilitätsmanagement
- Fortsetzung des im Jahr 1994 begonnenen Bushaltestellenprogramms
- Bau von neuen Wartehallen an den Haltestellen, wo die Firma Stroer mangels Werbewirksamkeit auf die Errichtung von Wartehallen verzichtet.
- Die Erneuerung der Dynamischen Fahrgastinformation (DFI) am Bahnhof
- Die Errichtung von neuen Fahrgastinformationsanzeigern (DFI) in der Innenstadt (z.B. Carre, Theaterstraße) sowie am Kaufpark, Klinikum und Uni-Nord-Bereich

Anmerkung: Die Finanzierung der Maßnahmen für den ÖPNV erfolgt über die HH-Stelle "Förderung des ÖPNV" (Eigenmittel der Stadt) sowie Regionalisierungsmittel.

#### Zu Frage 7 :

Ob ein Anreizsystem mit EU-Recht und mit behilferechtlichen Vorschriften vereinbar und – falls ja – auch sinnvoll ist, soll 2010 geprüft bzw. untersucht werden.

#### Zu Frage 8 :

Die im Haushalt 2009 enthaltenen Vorgaben zur Ausrichtung der Bauleitplanung an Klima- und Energierichtlinien waren nicht operabel. Die Überarbeitung der Produktziele wird hier folgende Formulierung enthalten:

„Entwicklung einer Richtlinie für klimagerechte Siedlungs- und Stadtplanung, die verbindliche Vorgabe für die Bauleitplanung ist. Prüfung inwieweit daraus resultierende Vorgaben für Dritte verbindlich festgeschrieben werden können. (kf)

Grundlage hierfür sind die nationalen und lokalen Klimaschutzziele (*Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40 %*)“.

#### Zu Frage 9 a :

Der Fassadenwettbewerb ist einschließlich der Vorbereitungen erst wieder für das Jahr 2011 geplant.

#### Zu Frage 9 b :

Bei der Zusammenfassung von bislang acht Produkten des Fachdienstes Bauordnung, Denkmalschutz und Archäologie zu lediglich zwei Produkten waren Kürzungen bei der Formulierung der konkreten Einzelziele erforderlich. Hinsichtlich des Städtebaubeirats der Stadt Göttingen ist festzustellen, dass aus Sicht der Verwaltung die bisherige Arbeit des Städtebaubeirats evaluiert werden soll insbesondere unter dem Blickwinkel der erreichten Ergebnisse, der öffentlichen Wirkung und der finanziellen Ausstattung des Beirats. Grundlage der Evaluierung ist das Regensburger Modell.

Zu Frage 10 :

Zur Frage der Änderung von Zielen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen. Bei der Zusammenfassung der Produkte sind durch die Verwaltung Aktualisierungen und redaktionelle Veränderungen vorgenommen worden. Die individuellen Gründe müssen bei Bedarf im Einzelnen im Rahmen der Fachausschussberatungen erläutert werden.

Geändert wurden gegenüber der bisherigen Finanzplanung für 2010 (Stand 2. Nachtragshaushaltsplan 2009) auch Haushaltsansätze. Die Notwendigkeit hierzu ergab sich den geänderten Rahmenbedingungen und dem aktuellen Finanzbedarf in den einzelnen Produkten.